

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 634
des Abgeordneten Wilko Möller (AfD-Fraktion)
Drucksache 7/1633

Tesla-Industrieansiedlung in Frankfurt (O.) und Verkehrskonzept in Grünheide

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landesplanung die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Die sog. Tesla-Gigafactory 4 am Standort Grünheide wurde zwischenzeitlich strukturell umgeplant und anders aufgestellt als bisher verkündet. So wird sowohl die Vor-Ort-Fertigung von Kunststoffteilen als auch die Montage von Batterie-Einheiten nunmehr doch nicht mehr am Standort Grünheide vorgenommen und ausgelagert. Bereits ab dem 1. Juli 2021 möchte Tesla die Produktion am Standort Grünheide weiterhin aufnehmen. Bereits 2004 wollte das Automobilunternehmen BMW im Bereich Grünheide eine Autofabrik errichten. Damit war bereits damals klar, dass neue Verkehrskonzepte entwickelt werden müssen. Jedoch ist seitdem wenig geschehen. Wenn nunmehr 12.000 Mitarbeiter von Tesla im Schichtsystem mit jeweils 6.000 Beschäftigten zum Tesla-Werk fahren, dann kommt es unweigerlich zu Staus. Auch der Warenverkehr in Bezug auf die Anlieferung zum Werk sowie der Abtransport der fertigen Tesla-Produkte wird zu einem Verkehrschaos führen. Die kritischen Bereiche sind u. a.: der Kreisel vor Freienbrink, beide Kreisel der Ortsdurchfahrt Erkner, die Zu- und Abfahrt zur Autobahn Freienbrink sowie der Bahnübergang Fangschleuse. Außerdem fährt keine S-Bahn zum Tesla-Werk und die Anbindung der Deutschen Bahn an das Tesla-Gelände ist bis zum 1. Juli 2021 nicht fertiggestellt.

1. Wo wird die Fertigung von Kunststoffteilen sowie die Montage von Batterie-Einheiten von Tesla im Land Brandenburg angesiedelt?

Zu Frage 1: Zur Ansiedlung einer "Fertigung von Kunststoffteilen" durch die Firma Tesla liegen der Landesregierung keine Informationen vor. Das Unternehmen hat angekündigt eine Batterieproduktion am Standort in Grünheide zu planen.

2. Wird der Standort zwischen Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt in die Standortprüfung zu Ziff. 1. bereits einbezogen beziehungsweise was muss der Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder) unternehmen, um die Standortprüfung von aus-gelagerten Produktionszweigen der Tesla-Unternehmung nach Frankfurt (Oder) in Gang zu setzen?

Zu Frage 2: In Bezug auf den ersten Teil der Frage wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. Darüber hinaus steht es der Landesregierung nicht zu, dem Oberbürgermeister und der Stadtverwaltung von Frankfurt (Oder) Ratschläge zu erteilen. Sollte die Stadtverwaltung Frankfurt (Oder) die Unterstützung der Landesregierung benötigen, stünde diese selbstverständlich zur Verfügung.

3. Kann die Landesregierung einen Ansprechpartner von Tesla benennen, um Sachpositionen konstruktiv erörtern zu können?

Zu Frage 3: Die Entscheidung einen Ansprechpartner zu benennen, obliegt dem Unternehmen. Die Anfrage wurde von der Landesregierung weitergeleitet. Der Landesregierung liegen derzeit keine Informationen vor, wie sich das Unternehmen dazu positionieren wird.

4. Wie will die Landesregierung die o.g. kritischen Verkehrspunkte bis zum 1. Juli 2021 beziehungsweise zeitnah nach dem Eröffnungstermin in den Griff bekommen und welches Verkehrskonzept liegt dem zugrunde?

5. Wie soll der Straßenverkehr um das geplante Tesla-Werk insgesamt entlastet werden und wie sieht es mit den Industriegleisen aus, die die Teslaproduktion mit Rohstoffen und Zulieferteilen versorgen könnten?

Zu Fragen 4 und 5: Die Lagegunst der Ansiedlungsfläche Tesla an der BAB 10 und der Eisenbahnstrecke Berlin - Frankfurt (Oder) bietet beste Voraussetzungen für den Personen- und Güterverkehr im Zusammenhang mit der Ansiedlung von Tesla. So wird es bereits ab Dezember 2020 stündlich einen zweimaligen Halt des RE 1 in Fangschleuse geben, von dem auch die umliegenden Gemeinden profitieren werden. Darüber hinaus soll durch den Bau einer temporären Anschlussstelle in nördlicher Richtung der BAB 10 eine Entlastung der L 38 erfolgen. Weitere, mittelfristige Maßnahmen im Straßen- und Personenverkehr sind in der Abstimmung.

6. Gibt es bereits konkrete Pläne für den beidseitigen Ausbau der A 12 in Richtung Polen (sechsspurig)?

Zu Frage 6: Nein.